

Absturz der Normalos

Wohlstand Die Mittelschicht war das Rückgrat der deutschen Gesellschaft. Doch die Politik hat es ihr nicht gedankt. Eine neue Studie belegt: Die Mitte schrumpft und verliert ihren Halt.

Wer einem Ausländer zeigen wollte, wie Durchschnittsdeutschland aussieht, könnte nach Mittelhessen fahren, in die Hainbacher Straße in 36325 Feldatal-Ermenrod. Hier wohnt Familie Weil in einem weiß verputzten Bungalow hinter einer immergrünen Thuja-Hecke. Rosa Weil, 50, serviert Apfelsaft aus eigenen Äpfeln. Ihr Mann Alexander, ebenfalls 50, verweist stolz auf die selbst gebaute Hollywoodschaukel. Die Weils sind gesellige Leute. Am Abend kommen die Nachbarn gern zum Grillen vorbei.

Bislang waren die Weils mit ihrem Leben auch recht zufrieden. Er arbeitet bei einer Metallfirma im Nachbarort als Dreher, sie als Verkäuferin in einer Bäckerei. Tochter Lisa ist in der Ausbildung zur Erzieherin, Sohn Patrick bei der Bundeswehr. Sie engagieren sich im Karnevalsverein Knuts Hut Club oder bei der Freiwilligen Feuerwehr Feldatal, wo es Alexander Weil zum Ersten Stellvertretenden Gemeindebrandinspektor gebracht hat.

Doch seit einiger Zeit macht sich die Familie Sorgen. Die Firma von Herrn Weil will Personal abbauen. Ein Teil der Produktion ist bereits nach Tschechien ausgelagert worden. Es gibt keine Überstundenzuschläge mehr. Nicht auszuschließen, dass Weil demnächst seinen Arbeitsplatz verliert.

Wie würde es dann weitergehen? Der Bungalow ist 40 Jahre alt, aber nicht abbezahlt. Die Abwassergebühren sind kürz-

lich wieder erhöht worden, der Strompreis ist gestiegen, die Krankenkasse will mehr Geld. Für Familie Weil heißt es: rechnen. Könnten sie zur Not auf eines der beiden Autos verzichten? Muss der Urlaub ausfallen?

Die Weils gehören einer bedrohten Bevölkerungsguppe an: der Mittelschicht. Jahrzehntlang bildete sie das Rückgrat der Gesellschaft. Deutschlands Mittelschicht war fleißig, sparsam und ordnungsliebend, sie strebte nach Bildung und Aufstieg, trennte ihren Müll und hielt das Vereins- und Gemeindeleben zusammen. Stets waren es Mittelschichtsfamilien wie die Weils, die mit ihren Steuern und Abgaben den Staat nährten und die Rentenkasse füllten.

Die Politik hat es ihnen nicht gedankt. Wie aus einer neuen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hervorgeht, verliert die Mitte zusehends an Boden. Seit 1991 ist die Mittelschicht um mehr als drei Millionen Menschen geschrumpft. Ihr Anteil an der Bevölkerung sank von 66 auf 61 Prozent. Ihr Anteil am Gesamteinkommen ging sogar noch stärker zurück.

Vom Aufschwung am Arbeitsmarkt in den letzten Jahren hat die Mitte nicht profitiert. Es sei „ein überraschender Befund, dass der relativ starke Beschäftigungsaufbau bislang nicht zu einer Stabilisierung der Bezieher mittlerer Einkommen in Deutschland geführt hat“, heißt es in der DIW-Expertise.

Normalverdiener wie die Weils sind die Packesel des Steuer- und Abgabensystems. Etwa 53 500 Euro im Jahr beträgt das durchschnittliche Brutto-Haushaltseinkommen in Deutschland. In keiner anderen Einkommensklasse ist die relative Belastung so hoch. Die letzte spürbare Erleichterung bei der Einkommensteuer verschaffte ihnen Rot-Grün unter Kanzler Gerhard Schröder, das ist 15 Jahre her. Wegen der kalten Progression werden immer mehr Menschen vom Finanzamt wie Topverdiener behandelt, obwohl sie sich wahrlich nicht als Topverdiener fühlen.

Die Mittelschicht verdient zu viel, um Fürsorgeleistungen zu bekommen, aber zu wenig, um von Steuersparmodellen und Beitragsbemessungsgrenzen zu profitieren. Von jedem zusätzlich verdienten Euro muss sie knapp 50 Cent an den Fiskus und die Sozialversicherung abgeben. Widerstand ist zwecklos. Das Geld wird automatisch vom Lohn abgezogen, noch bevor es zum Monatsende auf dem Konto landet.

Umso auffälliger ist das Missverhältnis zu den staatlichen Gegenleistungen. Schulen und Straßen sind in schlechtem Zustand, die öffentliche Verwaltung ist überfordert, der Nahverkehr ausgedünnt. Städtische Badeanstalten sparen bei den Öffnungszeiten und an der Wassertemperatur. Polizei und Justiz fällt es zunehmend schwer, den Bürgern ein Gefühl von Sicherheit zu vermitteln.

Ist es ein Wunder, dass sich Unzufriedenheit und Verunsicherung breitmachen? Wissenschaftler beobachten, wie es in der bürgerlichen Mitte gärt. Der Soziologe Heinz Bude spricht von „Statuspanik“. Eigennutz verdrängt Gemeinsinn. Wer nicht absteigen will, buckelt nach oben, boxt zur Seite und tritt nach unten.

„Es geht um den Verlust der Zuversicht, seinen Platz in der Gesellschaft zu finden“, sagt der Mittelschichtsforscher Berthold Vogel von der Universität Kassel. Das Zukunftsvertrauen, dass sich die Dinge schon wieder richten werden, gehe in der Gesellschaftsmitte womöglich verloren.

Rosa Weil aus Ermenrod drückt es so aus: „Wir müssen zufrieden sein mit dem, was wir haben, und das Beste daraus machen. Aber ob es den Kindern besser gehen wird als uns, da bin ich mir nicht so sicher.“

Wenn Politiker auf die Mittelschicht treffen, schlägt ihnen neuerdings Misstrauen



Das Arbeiterpaar

Rosa und Alexander Weil aus Feldatal-Ermenrod haben es mit ihren beiden Kindern zu bescheidenem Wohlstand gebracht. Doch sein Arbeitsplatz ist jetzt bedroht.



MARKUS HINTZEN / DER SPIEGEL

Die Alleinerziehende

Annika Heuckeroth aus Eschwege rutschte nach der Geburt ihres Sohnes in Hartz IV. Inzwischen hat sie wieder Arbeit, aber die Sorge um die Zukunft bleibt.

und teils sogar Wut entgegen. Dass die rechtspopulistische AfD in bürgerlichen Gegenden von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz auf zweistellige Stimmenanteile bei den jüngsten Landtagswahlen kam, ist ein Alarmzeichen.

Teile der bürgerlichen Mitte erwarten nicht mehr viel vom Staat. Sie rüsten ihre Eigenheime mit Sicherheitstechnik nach, ziehen sich zurück. Am liebsten würden sie ihre Kinder auf die Privatschule schicken, wenn es nur nicht so teuer wäre.

Die Erosion der Mittelschicht bedroht den Zusammenhalt der Gesellschaft. Sie trägt dazu bei, dass sich das Land politisch radikalisiert. Sie dämpft die Geburtenrate. Und sie schadet auch der Wirtschaft. Studien zeigen, wie Gesellschaften mit kleiner Mittelschicht und großer Ungleichheit unter ihren Möglichkeiten bleiben.

Annika Heuckeroth, 35, aus dem hessischen Eschwege, hat erlebt, wie schnell es bergab gehen kann. Früher hatte sie einen gut bezahlten Job, einen festen Freund, ein sorgenfreies Leben. Doch kurz nach der Geburt ihres Sohnes trennte sie sich von

ihrem Partner – und stand plötzlich vor dem Nichts. Nach einem Jahr Mutterschutz konnte sie nicht an ihren Arbeitsplatz zurück. Wer hätte auf das Kind aufgepasst? Heuckeroth blieb ein weiteres Jahr zu Hause, zog schließlich zurück in das Dorf ihrer Eltern. Sie lebte von Hartz IV, das Geld reichte vorn und hinten nicht. Erst mit gut zwei Jahren kam ihr Sohn in den Kindergarten, und Heuckeroth konnte eine Dreiviertelstelle in der Verwaltung einer Speditionsfirma annehmen. Jetzt arbeitet sie 30 Stunden pro Woche. „Ich brauche keine Unterstützung mehr, darauf bin ich stolz“, sagt sie. Doch das Gefühl der Verwundbarkeit bleibt.

In alten Soziologiebüchern wird die Sozialstruktur der Bundesrepublik oft mit einer Zwiebel verglichen: unten und oben dünn, in der Mitte dick. Das war nach der Zeit, in der der Soziologe Helmut Schelsky den Begriff von der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ geprägt und Wirtschaftsminister Ludwig Erhard die Losung „Wohlstand für alle“ ausgegeben hatte.

Die neuesten DIW-Daten zur Sozialstruktur zeichnen eher das Bild einer angematschten Birne. 27 Prozent der Erwachsenen in Deutschland zählen demnach nun zu den unteren Einkommenschichten, 13 Prozent zu den oberen. Die ehemals dicke Mitte umfasst nur noch etwas mehr als die Hälfte der Bürger.

Für ihre jüngste Studie hat sich das DIW an eine Untersuchung des Washingtoner Forschungsinstituts Pew über die amerikanische Mittelschicht angelehnt. Zur Mitte gehören demnach alle Erwachsenen, deren Haushaltseinkommen vor Steuern und Sozialabgaben mindestens 67 Prozent und höchstens 200 Prozent des mittleren Einkommens beträgt. In Deutschland liegt diese Spanne etwa zwischen 36 000 und 107 000 Euro Jahreseinkommen.

Der DIW-Vergleich von Deutschland und den USA zeigt, wie erstaunlich ähnlich die Entwicklung in beiden Staaten verläuft. In Amerika ist die Mittelschicht seit 1981 um neun Prozentpunkte geschrumpft. In Deutschland waren es seit 1983 acht Prozentpunkte. In beiden Ländern sind Ober- und Unterschicht deutlich gewachsen, wobei es in den USA mehr Superreiche gibt.

Der wesentliche Unterschied zwischen den Ländern besteht wohl darin, dass die meisten Amerikaner an Absturzrisiken gewöhnt sind. Wohingegen viele Deutsche lange der Illusion nachgingen, in einer Mittelschichtsgesellschaft zu leben.

Michael Wittel, 27, aus Rottenburg am Neckar, hat mit einem Freund eine Filmproduktionsfirma gegründet. Die Auftragslage ist gut; Wittel arbeitet 50 Stunden in der Woche, vielleicht auch viel mehr, „ich kann das gar nicht zählen“. Er würde gern einen weiteren Mitarbeiter einstellen. Andererseits: was, wenn es mal schlechter läuft? Beim Auszahlen des eigenen Lohns sind Wittel und sein Partner vorsichtig. „Im Zweifel treten wir lieber kürzer.“ Irgendwann hätte er gern ein etwas geregelteres Leben. „Eine Familie und eine Firma, die auf festen Beinen steht, das ist mein Traum.“

Deutschland ist ein Hochsteuerland. Nicht für Erben, Aktionäre, Lottogewinner, Hochvermögende oder Immobilienbesitzer, aber für die arbeitende Mittelschicht. Das erfährt jeder Berufsanfänger, wenn er seine erste Gehaltsabrechnung in den Händen hält. Ein alleinstehender Durchschnittsverdiener darf von 100 Euro Bruttolohn etwa 60 Euro für sich behalten. Die restlichen 40 Euro gehen an das Finanzamt und an die Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung. Zählt man die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung hinzu, beträgt die Last sogar knapp 50 Prozent. Die Steuer- und Abgabenlast für die Mittelschicht sei in Deutschland zu hoch, lautet das klare Urteil der Wirtschaftswissenschaften.

Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat kürzlich ausgerechnet, dass Deutschland im internationalen Belastungsvergleich weit oben steht. Nur Belgien kassiert seine Bürger noch mehr ab. Im Durchschnitt der 34 OECD-Staaten hingegen dürfen Arbeitnehmer immerhin etwa 75 Prozent vom Lohn behalten. So etwa auch die Schweden, von denen es heißt, sie leisteten sich einen üppigen Sozialstaat um den Preis hoher Abgaben.

Eine weitere deutsche Besonderheit ist, dass die Belastung in den mittleren Einkommensbereichen besonders stark ansteigt, ein Phänomen, das die Experten als „Mittelschichtsbauch“ bezeichnen. Das Bild ist schief: In Wahrheit macht ja nicht die Mittelschicht einen wohlgenährten Eindruck, sondern der von ihr gefütterte Staat.

Allein die kalte Progression kostet die Bürger bis zu drei Milliarden Euro im Jahr. Dieser Effekt kommt dadurch zustande, dass bei Lohnerhöhungen, die lediglich die Inflation ausgleichen, dennoch ihre Steuerlast steigt. Real werden die betroffenen Steuerzahler in einem solchen Fall ärmer, auch wenn sich der Effekt in Zeiten mit niedrigen Inflationsraten natürlich abgeschwächt hat.

Für 2016 hatte die Große Koalition den Bürgern mehr Netto vom Brutto versprochen. Finanzminister Wolfgang Schäuble stellte einige Milliarden Euro in Aussicht. Tatsächlich stiegen der Grundfreibetrag, der Kinderfreibetrag und das Kindergeld, aber auch nur, weil es das Bundesverfassungsgericht so verlangt. Die Bürger werden es kaum bemerkt haben. Weil zum Jahreswechsel für die meisten Kassenpatienten der Zusatzbeitrag gestiegen ist, fällt das Plus, wenn überhaupt, unterm Strich sehr bescheiden aus.

Spitzenverdiener hingegen werden im deutschen System schonend behandelt. Die Rentenkasse zieht die Grenze bei einem Jahresgehalt von 74 400 Euro, im Osten bei 64 800 Euro. Was darüber hinausgeht, wird bei der Alters- und bei der Arbeitslosenversicherung nicht angerechnet. Die Krankenkasse schlägt sogar nur bis zu einer Bemessungsgrenze von 50 850 Euro zu.

Nun muss fairerweise angemerkt werden, dass die Mittelschicht die staatlichen Leistungen nicht nur finanziert, sondern häufig auch von ihnen profitiert, etwa vom Bafög oder vom Elterngeld. Doch auch in der Gesamtbetrachtung zahlt ein Mittelschichtsbürger pro Monat etwa 167 Euro mehr ein, als er herausbekommt, so hat es die Wirtschaftswissenschaftlerin Judith Niehues vom Institut der deutschen Wirtschaft berechnet.

Winfried Heinen, 65, aus Kreuzau in der Eifel, sorgt sich um die Zukunft seiner vier Kinder. Als Lehrer war es ihm wichtig, dass

alle eine gute Ausbildung bekommen. Nun haben seine Kinder einen Hochschulabschluss oder stehen kurz davor. Doch die Stellensuche ist viel schwerer als gedacht. Der Älteste zum Beispiel, 33 Jahre alt, Dokortitel in Maschinenbau, hangelte sich von einem befristeten Vertrag zum nächsten. Jetzt sattelt er auf Lehramt um. „Bildung ist keine Garantie mehr für einen sicheren Beruf“, sagt Heinen. Das war bei ihm noch anders. Mit seiner Frau wohnt er im eigenen Haus. „Aber für meine Kinder rechne ich nur mit einer Grundrente. Die zahlen ja jetzt erst ein!“ Er frage sich, wie die vier fürs Alter vorsorgen können. „Sollen die arbeiten, bis sie 80 sind?“

Der Soziologe Berthold Vogel hält es für das typische Merkmal der Mittelschicht, dass sie sich um die eigenen Kinder sorgt. Das sei auch der Grund für ihre Nervosität. „Die Oberschicht lebt von ihrer Vergangenheit, in der Unterschicht lebt man eher in der Gegenwart“, sagt Vogel. „Aber in der Mitte macht man sich Sorgen darüber, wie es weitergeht, in der eigenen Biografie, mit den Kindern und mit dem Land.“



Der Jungunternehmer

Michael Wittel aus Rottenburg am Neckar hat sich selbstständig gemacht. Es läuft gut, aber er bleibt vorsichtig und spart lieber beim eigenen Gehalt.



MARKUS HINTZEN / DER SPIEGEL

Der arbeitende Rentner

Rainer Ott aus dem pfälzischen Rülzheim hat auch mit 71 Jahren einen Job. Anders könnte er seinen Lebensstandard nicht halten.

jahrgang höhere Einkommen erzielen und ihren Wohlstand mehrten, stagnierten in der unteren Lohnklasse die Bezüge und fielen nach ein paar Jahrgängen sogar unter das Niveau der Kriegskindergeneration.

Die Mittelschicht blieb mit ihrem Einkommen ab dem Geburtsjahrgang 1958 zunächst auf dem Niveau ihrer Vorgänger. Bei den geburtenstarken Babyboomer-Jahrgängen stagnierte das Lebenseinkommen. Doch ab dem Jahrgang 1965 setzte auch hier der Niedergang ein. Die später Geborenen erreichen das Lebenseinkommen ihrer Vorgänger in der Regel nicht.

Die Gründe dafür sind oft Arbeitslosigkeit und schlechte Gehälter bei gleichzeitig gestiegener Abgabenlast. Die Reallöhne der Unter- und Mittelschicht sind seit etwa 15 Jahren nicht gestiegen. Nur die zehn Prozent Bestverdiener konnten sich über steigende Bezüge freuen.

Bönke, 36 Jahre alt, ist übrigens selbst ein gutes Beispiel dafür, wie sich die Bedingungen verschlechtert haben. Vor 30 Jahren hätte er als Hochschullehrer an der Freien Universität sicher zur Gruppe der Gutverdiener gezählt. Heute liegt die Besoldungsgruppe W1 für Juniorprofessoren in Berlin mit 3667,98 Euro Grundgehalt brutto auf einem bescheidenerem Niveau. Rainer Ott, 71 Jahre, aus Rülzheim in Rheinland-Pfalz, denkt nicht an Ruhestand. Solange er sich gesund fühlt, will er arbeiten, denn „nur so kann ich meinen

Lebensstandard halten“. Früher war er selbstständiger Verlagsbuchhändler. Heute verkauft er weiter Anzeigen. Dazu die Pension seiner Frau und seine Rente: So kommen die Otts gut zurecht. Ihr Eigenheim ist seit einem halben Jahr abbezahlt, das muss als Altersvorsorge reichen. Von der Regierung ist er enttäuscht. Er vermisst eine Interessenvertretung der Mittelschicht. „Das war mal die FDP; ob sie es wieder wird, ist nicht sicher.“

Keine 30 Kilometer von Rülzheim entfernt liegt Haßloch, die womöglich durchschnittlichste Ortschaft Deutschlands. Das Marktforschungsinstitut GfK hat herausgefunden, dass Haßloch ein idealer Testmarkt für neue Produkte ist. Was sich in Haßloch verkauft, kommt auch im Rest von Deutschland gut an. Die Regale bei Penny oder Edeka sind deshalb mit Artikeln bestückt, die es sonst noch nirgendwo in Deutschland gibt. In mehr als 3000 Haßlocher Haushalten läuft sogar eigens produzierte Fernsehwerbung. Die GfK sitzt in der Nähe der Touristeninformation. Hier werden die Reklamespots ins Haßlocher Kabelnetz eingespeist.

Bei der jüngsten Landtagswahl haben die Haßlocher etwas anders abgestimmt als der Durchschnitt in Rheinland-Pfalz. Die rechtspopulistische AfD kam auf 18,6 Prozent, eines ihrer besten Ergebnisse im Land. In 6 von 16 Haßlocher Wahllokalen lag die AfD vor der CDU, die hier den Bürgermeister stellt. Besonders gut lief es

im katholischen Pfarrzentrum St. Ulrich, dem Wahllokal im Bezirk 116, einer von Kleingewerbe und Ein- und Zweifamilienhäusern mit Solardächern geprägten Gegend. Von 417 gültigen Zweitstimmen waren 121 für die AfD, also 29 Prozent. Zwei Stimmen mehr, und die AfD wäre vor der SPD auf Platz eins gelandet. CDU, FDP und Grüne folgten mit klarem Abstand.

Nun kämen wohl selbst viele AfD-Wähler nicht auf die Idee, dass die AfD zur Lösung von Problemen beitrüge, wenn sie versehentlich an die Macht geriete. Doch das Wahlergebnis in Haßloch zeigt, wie tief das Misstrauen gegenüber den etablierten Parteien ist.

„Die Mittelschicht nimmt den Politikern übel, dass fast die gesamte politische Klasse nach der Maxime handelt: Was schert mich mein Geschwätz von gestern“, warnte bereits vor einiger Zeit der Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter. „Die Mitte träumt von einer Stunde null. Sie sehnt sich nach einem radikalen Neuanfang der politischen Institutionen.“

Wenn die Vertreter der etablierten Parteien das Vertrauen der Mittelschicht zurückgewinnen wollen, wird es nicht reichen, im nächsten Bundestagswahlkampf flugs ein paar soziale Wohltaten anzukündigen. Die Bürger haben ein allzu gutes Gedächtnis, um solchen Versprechungen Glauben zu schenken. Zumal die Mittelschicht weiß, wer die Wohltaten am Ende bezahlen muss.

Mehr Investitionen in Schulen, Straßen und Digitalnetze würden das Vertrauen der Mittelschicht in den Staat stärken. Ihr wäre auch geholfen, wenn ihre Löhne von Abgaben entlastet würden, damit tatsächlich netto mehr übrig bliebe. Das fehlende Geld könnte sich der Staat stattdessen bei den Kapitalbesitzern holen. Der Spitzensteuersatz auf Arbeit liegt derzeit bei 42 Prozent plus Soli. Wer hingegen sein Vermögen für sich arbeiten lassen kann, zahlt nur pauschal 25 Prozent auf den Ertrag. Andersherum wäre es fairer und leistungsgerechter.

Die Experten des DIW schlagen in ihrer Studie außerdem vor, die Arbeitsbedingungen für Dienstleistungsberufe zu verbessern, ältere Beschäftigte fortzubilden, Familie und Beruf besser in Einklang zu bringen.

Die Erwartung der Mittelschicht an die Politik ist in Wahrheit bescheiden. Sie lautet: Wer hart arbeitet, dem soll es in Zukunft besser gehen.

Julia Klaus, Alexander Neubacher
Twitter: @Alex_Neubacher



Animation: Wie reich ist die Mittelschicht?

spiegel.de/sp192016mittelschicht
oder in der App DER SPIEGEL